

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstages 9-5 Uhr
Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die „Eroberung“ Essens.

Essen, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Entente hat in ihrer Note an die Reichsregierung betont, daß das ganze Unternehmen gegen Essen keinen militärischen Charakter trägt. Wer den Vormarsch gesehen hat, der bis heute mittag gegen Essen in zwei Richtungen über Mülheim und Oberhausen mit aller militärischen Kraft erfolgte, muß der Auffassung sein, daß diese Theorie der Belgier und Franzosen der Praxis nicht entspricht. Wirtschaftliche Maßnahmen braucht man nicht mit schwerer Artillerie, unzähligen Kolonnen jeldmarschmähtiger Infanterie und Tanks zu ergreifen. In Essen ist in den Mittagsstunden ein Auto mit belgischen Offizieren eingefahren, das durch drei Tanks geschützt wurde und sich zunächst zum Kohlebahnhof begeben haben soll. Dieser Offizierstrupps bildet die Spitze der Besatzungstruppen, deren Radfahrerpattouillen sich ebenfalls bereits in den Vororten von Essen befinden. Nach dem bisher erfolgten militärischen Aufmarsch ist anzunehmen, daß im Laufe der ersten Nachmittagsstunden Essen restlos besetzt ist. Mülheim wurde bis mittag 12 Uhr nicht besetzt.

Die durch das Nachrücken der in Duisburg stationierten neuen Truppen frei gewordenen Schulen werden im Laufe des heutigen Tages neu besetzt werden. Der militärische Aufwand, der dort getrieben wird, bestmögklich zweifelslos, daß mindestens neun Divisionen an den sogenannten „wirtschaftlichen Maßnahmen“ beteiligt sind. In Duisburg wurde im Laufe der Nacht der Aufruf des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers an die Bevölkerung an Plakatsäulen illegal angeklebt. Die Besatzungsbehörde gab sofort Anordnung, daß innerhalb drei Viertelstunden die Plakate durch die Stadtverwaltung entfernt werden.

Essen, 12.30 mittags. Sorben marschieren die französische Kavalleriespitze in den Mittelpunkt der Stadt in Richtung Rathaus ein.

Essen, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vormarsch der französischen Truppen auf Essen begann heute in den frühen Morgenstunden. Gegen 9 Uhr war die Stadt eingeschlossen. Es begann sodann der konzentrische Marsch auf das Innere. Die Truppen bewegten sich nach allen Regeln der Kriegskunst vorwärts. Sie führten zahlreiche Tanks und große Kavalleriemassen mit sich. Nach der ersten Schätzung dürfte es sich um rund 8000 Mann handeln. Mit der Besetzung Essens scheint aber die Aktion nicht beendet zu sein. Bis jetzt sind besetzt: Kettwig, Werden und Oberhausen. Nach den Bewegungen der Truppen zu urteilen, dürfte das ganze Essener Gebiet in weitem Umkreise besetzt werden. Die Besetzung erfolgte ohne Zwischenfall.

Der Magistrat der Stadt Essen hat an die Botschafter Englands und der Vereinigten Staaten in Berlin ein Protesttelegramm gegen die französische Gewalttat gefandt.

Essen, 11. Januar. (WTB.) Die Spitze der französischen Truppen trat 9 1/2 Uhr in Essen ein.

Essen, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kavallerie hat vor dem Rathaus Aufstellung genommen, wo scheinbar mit der Stadtverwaltung verhandelt wird. Besonders hervorzuheben ist, daß der erste Tank, der in Essen einfuhr, in großen roten Buchstaben die Aufschrift „Hohe Interalliierte Rheinlandkommission“ trug.

Essen, 11. Januar. (WTB.) Gestern Abend ist ein französischer General mit seinem Stabe in Mülheim-Speldorf eingetroffen, für dessen Geschäftsführung das Restaurant „Bier Jahreszeiten“ mit Beschlag belegt worden ist.

Die Bewohner des unbefetzten Gebiets sehen dem Einmarsch mit Ruhe und Gelassenheit entgegen.

In den vom Einmarsch bedrohten Städten sind die Ausführungen Lloyd Georges über eine beabsichtigte Annexion der Rheinlande in großer Aufmerksamkeit überall angeschlagen worden und werden eifrig gelesen.

Duisburg, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Für das kulturwidrige Verhalten der französischen und belgischen Besatzungstruppen, die bekanntlich den Vormarsch in das neu zu besetzende Gebiet unternahmen, ist ein Aufruf der Stadtverwaltung Duisburg ein treffendes Beispiel: In dem Aufruf werden zunächst die 23 Schulen genannt, die inzwischen neu mit Besatzungstruppen belegt werden. Dann heißt es: „Damit sind im ganzen 348 Schulklassen, Turnhallen und etwa 50 Nebenräume den Schulzwecken entzogen. Die Schulverwaltung ist infolgedessen nicht in der Lage, einen ordnungsmäßigen Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Inwieweit noch eine weitere Inanspruchnahme von Schulen erfolgt, ist nicht abzusehen, wird aber zurzeit bekanntgemacht werden.“

Der kommandierende General der neuen Besatzungstruppen, die in Duisburg Quartier genommen haben, beanspruchte von der Stadtverwaltung sofort neun Räume, die in der Zeit von abends 5 Uhr bis zu den frühen Morgenstunden vollständig neu hergerichtet werden mußten. Außerdem verlangte er für acht Drönnungen Unterrichtsräume.

Der verbotene „Vorwärts“.

Als gestern abend 5 Uhr unser Korrespondent von Duisburg unsere Redaktion verlangte, wurde ihm die Herstellung der Verbindung von der belgischen Kontrolle auf dem Duisburger Postamt verweigert und zwar mit dem Hinweis, daß mit den ... Nummern nicht gesprochen werden dürfe.

Aufruf des Reichspräsidenten!

Reichspräsident und Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk! Ein neuer Gewaltstreich ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlbedachter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust den unbeschützten Lebenspunct der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet.

Vorhergesehen: denn die Pläne und Wünsche der Pariser Machtpolitik sind ohne Scheu auf Gassen und Märkten erörtert worden.

Unerwartet: denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde.

Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Nöten durch Zerstörung des deutschen Arbeitszentrums abzuhelfen wäre, so muß die schwerste Enttäuschung folgen. Gegen den Rat der Fachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Ueberzeugung.

Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigenen Kräften zu verhindern. Was geschehen konnte, um das Unheil abzuwehren, haben wir versucht. Das hereingebrochene Unheil zu lindern und zu beenden, wird unser Denken und Trachten sein. Dabei leisten uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Gewissens.

Alle Herzen erfüllt die ungeheure Bitterkeit dieser Stunde, wo über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser sorgenbedrängtes Volk muß der Einbruch in die Hauptstätten unserer Arbeit im Gefolge haben.

Am so dringender aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: Ershwert nicht das Los der am härtesten betroffenen Landesleute.

Erfüllet ansrechten Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages: keine Handlung darf geschehen, die unsere gerechte Sache schädigt. Schwerste Schuld an eigenen Volke würde auf sich laden, wer sich hinter die Reihe stellt, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von eiserner Selbstbeherrschung jedes einzelnen hängt Wohl und Wehe der Gesamtheit ab.

Jetzt mehr als jemals leuchtet uns das Beispiel der Würde und der moralischen Kraft voran, das die Rheinlande in Jahren des Leidens gegeben haben.

Den treuen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allen anderen unser Gruß. Ihr werdet die eichensette Zähigkeit bewahren, die Euer altes Erbe ist, und ungebrochen werdet Ihr diesen Wetterbraus überdauern. Ihr, die kein Sturm der Weltgeschichte jemals entworzelt hat!

Ihr seid die Zeugen, wie Frieden und Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den Bruch des Vertrages, gegen den schwereren Bruch des sittlichen Rechtes unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung.

Eine schwere Zeit hebt an, wohl schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber das auch wissen und hoffen wir, daß festes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie fürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stark machen.

In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter all dem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen und überall durch alle deutschen Gauen in Haus und Hütte unseres Vaterlandes gedenken seines Leides und seines Rechts!

Die Protestkundgebungen am Sonntag!

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei beteiligt sich an den gemeinsamen Kundgebungen am Sonntag nicht. Sie veranstaltet an diesem Tage in ganz Deutschland eigene Versammlungen in geschlossenen Räumen zum Protest gegen die Ruhrbesetzung. Die Regelung der Einzelheiten bleibt den lokalen Organisationen überlassen.

Keine Reparationskothle mehr.

Die Reichsregierung hat zwar den deutschen Botschafter in Paris und den deutschen Gesandten in Brüssel nach Berlin berufen, gedenkt aber nicht, die diplomatischen Beziehungen ihrerseits völlig abzubrechen. Von den alliierten Kontrollkommissionen in Deutschland erwartet die Regierung, daß sie sich in Anbetracht der Erregung und Erbitterung, die sich der deutschen Bevölkerung bemächtigt haben, in diesen Zeiten nicht unnötig epponieren. Die Leiter der

interalliierten Kontrollkommission besonders zu warnen, ist nicht vorgesehen.

Die Reichsregierung erwägt zurzeit noch, gegenüber welchen Ländern der Entente die deutschen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages infolge des Vormarsches der Franzosen im Ruhrgebiet eingestellt werden soll. Der Wiedergutmachungs-Kohlenvertrag aus dem Bezirk Essen ist entsprechend der Kundgebung der Reichsregierung seit heute vormittag 9 Uhr eingestellt worden.

Bürgerliche Opposition gegen Poincaré.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Der Geschäftsführende Ausschuh der radikalen und der sozialistisch-radikalen Partei und deren interparlamentarische Gruppe sind gestern abend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um zur politischen Gesamtfrage Stellung zu nehmen. Der Abg. Herriol erklärte in seinen Ausführungen im wesentlichen, er billige die Politik Poincarés nicht, man hätte Sanktionen anwenden können, aber man hätte es auf dem linken Rheinufer im befestigten Gebiet tun können, er fürchte, daß das französische Vorgehen im Ruhrgebiet zwecklos und unfruchtbar sei. Es wäre besser gewesen, wenn man zum Schiedspruch und zur Mitarbeit der Vereinigten Staaten seine Zustimmung genommen hätte. — Abg. Margaine meinte, daß die Inanspruchnahme einer schiedsgerichtlichen Entscheidung der Vereinigten Staaten angesichts des Umstandes, daß bei der großen Zahl der in den Vereinigten Staaten wohnhaften Deutschen dort ständig eine deutschfreundliche Propaganda gegen Frankreich getrieben werde, hätte gefährlich werden können. Die Versammlung trat dann in eine Erörterung der Frage ein, welche Haltung die Gruppe heute, wenn Poincaré die angekündigten Erklärungen abgebe, in der Kammer einnehmen solle.

Sozialistische Interpellationen.

Paris, 11. Januar. (WTB.) Die sozialistische Kammergruppe hat gestern beschlossen, im Lauf der heutigen Sitzung zwei Interpellationen über die Besetzung des Ruhrgebiets einzureichen. Der Führer der Fraktion, Abgeordneter Blum, wird im Namen seiner Fraktion die sofortige Besprechung der Interpellation verlangen. Die Regierung selbst ist Havos zufolge entschlossen, nach der Erklärung Poincarés die Vertagung der Beratung sämtlicher Interpellationen bis nach Erledigung des Finanzgesetzes, also bis zum Monat Februar zu verlangen.

Die Haltung Englands.

London, 11. Januar. (WTB.) „Westminster Gazette“ erklärt, der Beschluß, die amerikanischen Truppen zurückzuführen, bedeute eine Mißbilligung der französischen Politik. Die britische Regierung werde keinen offenen Protest gegen die Aktion Frankreichs erheben, obgleich weitere Anfragen den Eindruck verläßtten, daß auch nach britischer Ansicht die von Frankreich geplante Aktion auf eine Verletzung des betreffenden Paragraphen im Anhang 2 des Friedensvertrages hinauslaufe, der die Bedingungen für die Erreichung finanzieller und wirtschaftlicher Wiedervergütungs- und anderer Strafmahnahmen festsetzt. Es sei jedoch nicht die Absicht der britischen Regierung, die deutsche Auslegung des Friedensvertrages gegen die französische zu unterstützen, es handle sich um eine Frage der Ansichten.

„Der Würfel ist gefallen.“

London, 1. Januar. (WTB.) Zu der bevorstehenden Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich schreibt der „Daily Telegraph“, der Würfel sei gefallen, es bleibe nichts übrig, als die Hoffnung, daß die Folgen nicht über die rein wirtschaftlichen Gebiete hinausgehen werden, die hier als vollkommen unvermeidlich angesehen werden. Es werde keine Anstrengung unternommen werden für die Entfernung von Ursachen für weitere Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich. Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen stehe in keinerlei Zusammenhang mit irgendwelchen Absichten und Zielen der englischen Regierung und könne von ihr unter keinen Umständen nachgeahmt werden. Nichts liege den Absichten der britischen Regierung oder irgendwelchen Engländern fern, als Maßnahmen, die ausgelegt werden könnten als Zeichen eines freundschaftlichen Geistes gegenüber Deutschland.

„Daily News“ erklärt, die Zurückziehung der amerikanischen Truppen mache die Stellung Englands am Rhein schwieriger. Die britischen Truppen müßten es peinlich vermeiden, den Anschein zu erwecken, daß sie das französische Verfahren unterstützen, und müßten ebenso klar den Anschein vermeiden, daß sie etwaige Aufstände der deutschen Bevölkerung unterstützen; denn alles, was die Annahme fördern würde, daß die britischen Truppen in Deutschland als Vorkämpfer der Deutschen gegen die Franzosen stehen, werde sofort eine unendliche Lage schaffen. Nach der Zurückziehung der amerikanischen Truppen seien die Gründe für einen Verbleib der Engländer am Rhein beinahe vollständig verschwunden.

„Daily Express“ fordert weiter die Zurückziehung der britischen Truppen, ist jedoch nach der vorliegenden Information der Ansicht, daß das britische Kabinett in seiner heutigen Sitzung nicht beschließen wird, die Truppen vom Rhein zurückzuführen.

„Daily Chronicle“ zufolge hat die britische Regierung nicht die Absicht, infolge der französischen Aktion im Ruhrgebiet irgendwelche britischen Besatzungstruppen aus dem Rheinlande zurückzuführen. In einem Leitartikel bezeichnet das Blatt den französischen Plan des Vormarsches in das Ruhrgebiet als ein Verbrechen am Frieden von Europa. Er sei in der Hauptsache auf militaristische und amerionistische Erwägungen zurückzuführen.

# Kommunisten und Ruhrbesetzung.

## Verwirrungsparolen.

In der ungemein schwierigen Lage, in die die Massen des arbeitenden Volkes durch die neuesten außenpolitischen Ereignisse geraten sind, bleibt wenigstens ein Trost und Halt: das feste Zusammenstehen der Gewerkschaften und der wieder-vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Auch der einfachste Verstand muß sich sagen, daß in einer solchen Situation alles verloren ist, wenn diejenigen, die zusammengehören, gegen-einander aufstehen und in inneren Kämpfen ihre Kräfte gegenseitig verzehren. Auch Kritik an gemeinsam gefaßten Beschlüssen, so sehr sie auch an ihr eigenes Recht glaubt, muß sich so weit in Grenzen halten, daß sie die notwendige Einigkeit nicht gefährdet.

In dieser Situation gibt die KPD. einen Ausruf heraus, der neben berechtigter Kritik an der kapitalistischen Politik und am französischen Imperialismus einen Generalstreik proklamiert, der u. a. den Sturz der Cuno-Regierung, die Auflösung des Reichstags und die Bildung einer Arbeiterregierung zum Ziel haben soll. Dieses Verlangen wird folgendermaßen begründet:

Da bewaffneter Widerstand (gegen den Ruhrmarsch. Red. d. „B.“) ganz unmöglich ist, so ist die einzige wirksame Hilfe, auf die das wertvolle Volk Deutschlands rechnen kann, die der wertvollen Massen in den Entente-Ländern, und die der russischen Rätemacht. Diese Hilfe kann aber nur wirksam werden, wenn die Arbeiter aller Länder sehen, daß sie es nicht mit den Cunos, Stinnes und Konsorten zu tun haben, die die Gewerkschaften vertreten, sondern mit den wertvollen Massen, die ihre nackte Existenz verteidigen.

Nur so wird der Versailles-Vätersvertrag schließlich zerrissen werden können. Alle bisherigen bürgerlichen und Koalitionsregierungen waren unfähig, diesen Weg der Rettung zu beschreiten. Nur eine Arbeiterregierung wird dazu imstande sein.

Die KPD. muß wissen, daß diese Parole keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Masse des arbeitenden Volkes zerfällt heute in drei Teile: Die Hauptmasse steht bei der Sozialdemokratie, eine kleine Minderheit bei den Kommunisten, ein Teil folgt auch heute noch bürgerlichen Parolen. Die ungeheure Mehrheit lehnt es ab, sich von der konfusen kommunistischen Minderheit führen zu lassen.

Über versehen wir einmal unserer Phantasie einen Stoß und stellen wir uns vor, den Kommunisten gelänge es wirklich, einen großen Teil der Arbeiter für ihre Sonderaktion zu begeistern. Was wäre die Folge? Während die Franzosen vordringen, würde im Innern der Bürgerkrieg ausbrechen, und die schwer gefährdete Kohlen- und Lebensmittelversorgung wäre vollständig unterbrochen.

Wir wollen noch weitergehen und uns vorstellen, den Kommunisten gelänge es, im Handumdrehen eine so gewaltige Mehrheit des Volkes hinter sich zu bringen, daß der Sieg rasch, unblutig und fast schmerzlos gewonnen würde. Aufgabe der Arbeiterregierung wäre es sodann — laut Ausruf der KPD. — die Wiedergutmachungsansprüche durch Erfassung der Sachwerte und eine von den Kapitalisten in Goldwerten zu erhebende Zwangsanleihe auf die Besitzenden abzumähen und die wertvolle Bevölkerung zu entlasten. Zur Durchführung solcher Maßnahmen gehört jedenfalls viel Sachverständnis. Aber dieses Sachverständnis fehlt der KPD.-Zentrale so vollständig, daß sie nicht einmal begreift, daß die gleichzeitige Durchführung von Sachwerterefassung und Goldanleihe Unsinns ist. Man häuft aufgeschnappte Schlagworte auf, ohne etwas dabei zu denken. Die Massen würden sich bald wundern über die „Entlastung“, die ihnen bereitet würde, und sie würden eine solche kommunistische „Arbeiterregierung“ bald wieder zum Teufel jagen.

Die Arbeiterregierung soll aber noch mehr können. Sie soll das Ruhrrevier von den französischen Eindringlingen befreien. Wie macht sie das, solange in England, Amerika, Frankreich, Italien, Belgien usw. kapitalistische Regierungen bestehen? Im besetzten Deutschland werden die Franzosen schon ohne Federlesen „für Ordnung“ sorgen. Wird das

unbesetzte Deutschland beschleunigt, so wird das imperialistische Frankreich dort einmarschieren, wo es ihm paßt, um „die Ordnung wiederherzustellen“; das heißt, es wird sich die Städte nehmen, die es brauchen kann, und den Rest der beschleunigten Zerschlagung überlassen. Und England, Amerika, Italien werden Beifall klatschen. Alle Schwierigkeiten, die Frankreich jetzt hat, werden mit einem Schlage behoben sein und Poincaré wird triumphieren.

Über werden Amerika, England, Frankreich, Italien usw. nicht auch „Arbeiterregierungen“ bekommen? Ja, gewiß werden sie das — einmal, und dann wird es sich hoffentlich um vernünftige Arbeiterregierungen handeln und nicht um kommunistische. In England zum Beispiel wird es eine Arbeiterregierung geben, sobald die Arbeiterpartei im Unterhaus die Mehrheit haben wird, das kann vielleicht schon bei den nächsten Wahlen sein. In Frankreich und in Italien, wo die Kommunisten die Arbeiterbewegung zerschlagen und damit den Poincaré und Mussolini den Weg zur Herrschaft gebahnt haben, wird es voraussichtlich noch länger dauern. In Amerika gar sind erst Anfänge einer politischen Arbeiterbewegung vorhanden.

Es ist eine gewissenlose Irreführung der Massen, wenn man ihnen einredet, in Amerika, England, Frankreich usw. könnten sich eines Tages über Nacht Arbeiterregierungen bilden, und dann würde alles eitel Sonne und Freude sein. Nein, ein kommunistisches Deutschland hätte mit übermächtigen Feindschaften in der Welt zu rechnen, seine außenpolitische Lage wäre nicht besser als die gegenwärtige, sondern nur noch schlimmer.

Der Ausruf der KPD.-Zentrale erklärt pathetisch: Die kommunistische Partei Deutschlands ist bereit, das Außerste anzubieten, um diese Aktion gemeinsam mit den anderen Arbeiterorganisationen kraftvoll durchzuführen.

Auf die Gewerkschaften und die BSPD. fällt die volle Verantwortung. Sie haben die Durchführung dieses Rettungsprogramms in der Hand.

Den Willen zur Gemeinsamkeit behandelt das kommunistische Zentralorgan sodann in geradezu blödsinnigen Verleumdungen und Beschimpfungen. Ebert und Otto Braun werden „poetisch“ heruntergerissen. Von den französischen Sozialdemokraten wird behauptet, sie hätten die französische Regierung zur Verhaftung von Kommunisten veranlaßt!

Ein Satz des Ausrufs ist keine Lüge: „Auf die Gewerkschaften und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei fällt die volle Verantwortung. Inwieweit sie sich ihrer Verantwortung bewußt, und eben darum lehnen sie es ab, sich von verirrten Stänkern und Hechern den Weg vorschreiben zu lassen. Sie haben die Pflicht, die Arbeiter von einem Weg fernzuhalten, der nicht zur Rettung, sondern ins volle Verderben führt.“

## Protestkundgebungen in Frankreich.

Die sozialistische Partei, die Gewerkschaften und der Bund für Menschenrechte in Frankreich veranstalten Versammlungen und Demonstrationen, um der Gewaltpolitik Poincarés entgegenzuwirken. In einer großen Protestversammlung in Lille waren Delors, Grumbach und Jouhaux Gegenstand wärmster Ovationen. An die Versammlung schloß sich ein Umzug, der auf die Öffentlichkeit den größten Eindruck machte; an ihm waren außer der Partei die Gewerkschaften und auch die Genossenschaftler beteiligt. Das gerade in die, der Stadt der militärischen Vermüftung, eine solche wichtige Demonstration gegen die Gewaltpolitik Poincarés zustande gekommen ist, beweist eindringlich, daß Poincaré viele Kreise des Volkes gegen sich hat.

Auch aus anderen großen Städten Frankreichs liegen Berichte über solche Versammlungen vor. Marseille hat am vergangenen Sonntag eine mächtige, von der sozialistischen Partei, den Gewerkschaften und dem Bund der Menschenrechte veranstaltete Versammlung gesehen, in der der Generalsekretär der Partei, Genosse Paul Faure, eine mit großem Beifall ausgenommene Rede hielt. Die Versammlung stimmte einer Rede zu, worin jede Politik, die den Verdacht erweckt, als ziele sie auf die Zerschlagung Deutschlands hin, aufs schärfste zurückgewiesen wird. Die Versammelten erwarten,

daß das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes gewahrt wird und verlangen, daß die Reparationsfrage, die Deutschland und Frankreich jetzt trennt, einem Schiedsgericht des Völkerbundes zur Entscheidung unterbreitet wird.

In Toulouse hat am vergangenen Sonnabend eine von den gleichen Körperschaften einberufene große Versammlung stattgefunden. Den Rednern, die sich gegen die Gewaltpolitik wandten, wurde besonders lebhafter Beifall gespendet. Eine ähnlich lautende Entschiedenheit wie die Marceller fand einstimmige Annahme.

## Kommunistenverfolgungen.

Paris, 10. Januar. (E.P.) Heute vormittag sind der Präsident des Unitarischen Gewerkschaftsbundes, Monmousseau, sowie die Kommunisten Marannepletri und Bourdeau verhaftet worden. In den kommunistischen und gewerkschaftlichen Kreisen sind zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, andere stehen bevor. In politischen Kreisen verläutet, daß die Regierung beabsichtigt, der Kammer die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abg. Cachin vorzuschlagen, um ihn wegen Frankreich feindlicher Propaganda unter Anklage zu stellen, ebenso wie die Kommunisten Semart und Treint.

Paris, 10. Januar. (E.P.) Verhaftet wurden zwölf Kommunisten, die an der Sitzung des Aktionskomitees in Essen teilgenommen hatten. Die Anklage lautet auf Komplott gegen die äußere und innere Sicherheit des Staates. Auch gegen Cachin ist ein Haftbefehl erlassen worden, der nach Paris zurückgeführt ist, sich aber verweigert halten soll. In der „Humanité“ wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei das Bureau Cachins erbrochen wurde.

Paris, 10. Januar. (Havas.) Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abg. Marcel Cachin wird bereits morgen eingebracht werden.

Paris, 11. Januar. (E.P.) Im Laufe des gestrigen Abends sind vier weitere Kommunistenführer wegen ihrer Tätigkeit in Frankreich und auch wegen der Tätigkeit, die sie in den letzten Wochen im besetzten und unbesetzten Deutschland ausgeübt haben, verhaftet worden. Drei von ihnen wurden aus dem Schnellzug Köln-Paris heraus bei ihrer Rückkehr auf der Station Quetta festgenommen.

## Ein italienischer Vermittlungsvorschlag.

Paris, 11. Januar. (Eca.) Nach Meldungen der gestrigen italienischen Abendzeitungen hat das italienische Ministerium des Auswärtigen ein Telegramm an die französische Regierung geschickt, daß die italienische Regierung infolge der offensichtlichen Isolierung Englands

## gemeinsame Schritte Frankreichs, Italiens und Belgiens

für notwendig erachtet, um Deutschland aufzufordern, an der Lösung der Reparationsfrage mitzuwirken. Wie dem Korrespondenten der Express-Korrespondenz an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist tatsächlich in der hiesigen italienischen Botschaft ein Telegramm Mussolinis zur Übermittlung an die französische Regierung eingeschlossen. Mussolini ersucht die französische Regierung, die Dinge nicht zu überstürzen und die Besetzung des Ruhrgebietes möglichst noch hinauszuschieben. Das Telegramm enthält ferner den Vorschlag der Unterzeichnung einer Wirtschaftskonferenz zwischen Italien, Frankreich, Belgien und Deutschland.

Rom, 10. Januar. (Redaktion des italienischen Pressebüros.) Mehreren Blättern zufolge soll sich die italienische Regierung entschlossen haben, eine neue Lösung der Reparationsfrage auf einer rein realistischen Grundlage ins Auge zu fassen, da die gegenwärtige Lage des Zusammenwirkens der an einer Lösung der dringenden Frage interessierten Mächte, nämlich Frankreichs, Italiens, Belgiens und auch Deutschlands, erfordert. Natürlich würde Deutschland, wenn es in diese wahre Kooperation der kontinentalen Staaten eintrete, eine gewisse Zahl von Milliarden leisten müssen, wofür der Zahlungsmodus durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt werden könnte.

## Kein Eingreifen des Vatikans.

London, 11. Januar. (E.E.) Einer römischen Depesche zufolge demontiert der Kardinalstaatssekretär Gasparri die Meldung, daß der Vatikan in einer Note an den französischen Botschafter Sonnart Frankreich um Mäßigung und Geduld gegenüber Deutschland ermahnt habe.

## Römischer Trödelmarkt.

Von Alexander Seidel, Rom.

So läßt Herr Seidel nur dem Bilde nach sich sehen, sein Reden aber kann durch Herz und Seele gehen.

Dies schöne Verslein steht auf einem alten Kupferstück, dem Porträt des Scholarchen Tobias Seifartus, und ich war sehr erstaunt, als es mir lustig unter dem ernst-erdrossenen Gesicht belagerten Professors aus einem Haufen verstaubter Mappen, Bücher und Stücke auf dem Campo di Fiori in Rom entgegenlachte.

Auf welchem krummen Wege bist du, geliebter Seifartus, hierher geraten aus den römischen Trödelmarkt, der das Gegenstück bildet zur Münchener Dult, was treibt dich zwischen vergilbten Boccaccio-Bänden, Büchern von Tasso und Dante und abgegriffenen viel-sprachigen Wäldern?

Die Wege Gottes sind sonderbar; die deinen scheinen es auch zu sein, und fast will es mich dünken, als ob du den Beweis erbrächtest, daß alle Wege nach Rom führen.

Sch habe den guten Seifartus erstanden, drei Lire hat er gekostet, 900 Mark waren es nach dem Tageskurs. Nun kehrt er doch wieder nach Deutschland zurück. Gottlob, daß er tot ist und außerstande, ein Reisetagebuch zu veröffentlichen, sein Verslein ließe Schlimmstes befürchten.

Sch trante weiter in den Dingen, die vorherige Besitzer, ihrer überdrüssig, als einen Abfall über den Bord ihrer Häuslichkeit warfen, und die nun auf dem Markt schwimmen, bis ein Liebhaber ihrer vermittelten Reize sie wieder aufschick. Und da staunte ich ein zweites Mal:

Denn vor mir stand Wilhelm, Wilhelm II., der Held.

Zwischen alten Bratpfannen, zerbrochenen Nippesfiguren, meßingnen Wasserbüchsen, verbeulten Töpfen wühlte sich seine bronzene Brust, mit heroischen Falten drapiert, und über der Pracht eines gut kopierte Ordensabens strebten seine Schnurrbartspitzen wie die Türmelein einer gotischen Kathedrale empor.

Sch war gerührt; gerührt ob der Gerechtigkeit Gottes, der jeden an seinen richtigen Platz stellt.

Allerdings kamen mir auf dem Heimwege doch einige Zweifel am gerechten Wollen des Geschicks. ... sein Reden aber kann durch Herz und Seele gehen ... Hat das Schicksal das Verslein am richtigen Plage angeheftet —?

Sch nehme an, ihm ist ein Versehen unterlaufen.

Die Volksbühne Norden hat Kaou Kuernheimers dreitägiges Lustspiel „Die große Leidenschaft“ in ihren Spielplan aufgenommen. Wenn es auch nicht stimmt, daß man, wie der Theaterzettel erklärt, Kuernheimer in die erste Reihe der modernen Lustspielichter zu stellen hat, so nahm doch das Publikum das heiter-harmlose, etwas altbackene Stück dankbar auf. Die Gesplogtheit der

Volksbühne, im Programm erklärende Hinweise zu geben, ist gut. Nur sollte man an die Aufgabe mit mehr Verantwortungsgefühl herangehen. Es ist sehr wohl möglich in gedrängter Form einen streng sachlichen Auschnitt Literaturgeschichte zu bringen. Das ist Kuernheimers schon oft behandelt Stoff: Eine sich geistig überschätzende Frau, durch die Unmöglichkeit der Ehe gelangweilt, gerät in Versuchung, aber der ihr überlegene Gatte macht ihr die Gelegenheit leicht, nimmt so dem erwarteten Abenteuer die Romantik, und sie erkennt, daß der Angebetete nicht acht Tage lang gestreich sein kann. Es ist alles nicht ohne Gehalt gemacht. Aber es ist gemacht. Das ist der Grund einer konstruierten Komödie: in der ersten halben Stunde merkt man schon, daß „sie“ schließlich reumütig in die Arme ihres Mannes zurückkehren und der Nebenbuhler der Bekannte sein wird. Obwohl der Autor die Schwächen der Ehefrau die genug aufgezogen hat, bemüht sich Rose Weidlich in Sprache und Mienenpiel, noch deutlicher zu werden. Das Ergebnis war fast unerträglich Unnatürlichkeit. Die übrigen Rollen waren in guten Händen. Gertrud Rottenberg stellte einen unwürdigen Nachbarn dar, und der Erfolg des Abends gebührt Hans Jesch, der den abgeblühten Liebhaber und unentwegten Schürzenjäger stolt und mit erschütternder Echtheit spielte. Wir werden uns seinen Namen merken müssen.

Die deutschen Briefmarken. Die dauernden Portoerhöhungen haben auch die Folge gehabt, daß die feinergeistig eifrig betriebene Schaffung künstlerisch guter Briefmarken fast ins Hintertreffen geraten ist. Die Zahlenmarken von Professor Willi Geiger, die bei dem Wettbewerb der Reichspost den ersten Preis erhielten, kommen immer mehr außer Gebrauch, und von den Marken, die damals mit Preisen ausgezeichnet wurden, sind außer der Postkarte mit dem Postillon Schnarrenbergers fast nur noch zwei in Verwendung: das Posthorn im Oval, das aus einer Entwurf von Willi Szejtstokai-Köln zurückgeht und dem sich die verschiedenen Figuren leicht einschreiben lassen, und daneben die breite 20-Mark-Marke von Edwin Scharff, das Gespann mit dem Pflüger. Die anderen Markenmuster dürfen bei den Portoerhöhungen der nächsten Woche ganz verschwinden.

Um nun eine einheitliche neue Lösung zu erzielen, ist durch einen vorjährigen Beschluß des Reichskabinetts dem Reichskunstwart, der mit den letzten neuen Marken leider nichts zu tun hatte, maßgebender Einfluß zugesichert worden. Eine zweckentsprechende neue Marke kann nur langsam werden, ebenso wie die neuen Hoheitszeichen des Reiches. Von diesen Gesichtspunkten aus hat der Reichskunstwart einige Versuche mit neuen Briefmarken anfertigen lassen, die architektonische Wahrzeichen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands zeigen, daneben auch solche mit dem Adler des Reiches. Eine solche Adlermarke, die der das Tier im mittleren Oval in einer klaren und wirkungsvollen Form erscheint, hat Professor Ködner-Würzburg entworfen. Von den anderen Künstlern, die beteiligt wurden, seien genannt: Auffeesser-Düsseldorf, Walter Ruhe-Weipzig, Günther Hadant-Berlin, Herze-Stuttgart, Mahlau-Lübeck, Siegmund von Wesch-München. Als besonders geeignet für solche Wahrzeichen auf Marken ergaben sich die eindrucksvollen Formen unseres Mittelalters wie der Braunschweiger Bäume,

der auf Hadants Entwurf erscheint, und das gotische Rathaus von Münster, das Auffeesser für seine Marke zeichnete.

Diese Entwürfe werden demnächst zum ersten Male in der Öffentlichkeit gezeigt werden: auf der Ausstellung des Bundes Deutscher Gebrauchsgüter E. V. in Leipzig, die am 14. Januar im dortigen Grassi-Museum vom Reichskunstwart eröffnet werden wird. Dieser zeigt dort eine kleine Auswahl amtlicher Graphik, die in seiner Amtsperiode in Zusammenarbeit mit seiner Dienststelle entstand.

Das Gesundheitszeugnis. Der Bevölkerungspolitische Ausschuss des Preussischen Landtags hat folgende Anträge angenommen: 1. Das Staatsministerium wird ersucht, dem Landtage möglichst bald eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen, durch die vor Eingehung einer Ehe der Austausch von Gesundheitszeugnissen vorgeföhrieben wird mit der Maßgabe, daß daraus nicht die Folgerung eines Eheverbots gezogen wird; 2. an allen Universitäten öffentliche Vorlesungen über Vererbungslehre, vornehmlich für die angehenden Ärzte halten zu lassen; 3. in den Schulen und Fortbildungsschulen in einer dem Verständnis der Jugend angepaßten Form Belehrung über die gesundheitlichen Grundlagen der Ehe erteilen zu lassen. Es ist hohe Zeit, daß sich unsere Volkserziehung etwas mehr um ihr wichtiges Saatgut kümmert. Wo der Gärtner, der Landwirt, der Tierzüchter sich längst alle Fertigkeiten der Wissenschaft dienstbar gemacht hat und nur die tüchtigsten Erbtöchter zur Fortpflanzung heranzieht, da läßt der Menschzüchter, der Volkswirt bisher alles laufen, wie es will, ja, er bringt es sogar durch seine Weisheit dahin, daß der Tüchtigste die Fortpflanzung meidet und wie in einem ungepflegten Garten eine Diktatur des Unkrauts sich breit machen kann! Es gibt viele Volkserbe, denen ein solches Gesundheitszeugnis als zwecklos erscheinen möchte. Diese mögen aber bedenken, daß doch schon etwas gewonnen ist, wenn die Frage der Gesundheit beim Eintritt in die Ehe überhaupt ernsthaft er-mogin wird. Daß Ehen durch solch ein Zeugnis verhindert werden, ist ein nachgeordneter Zweck. Doch solche Zeugnisse möglicherweise Irrtümer entstehen können, ist kein Grund, sie abzulehnen. Sind doch auch die Lebensversicherungsgesellschaften dem Grundsatze der Forderung eines ärztlichen Zeugnisses in der Mehrzahl treu geblieben. Wichtig ist, daß diese Forderung des Gesundheitszeugnisses erscheint und die Verbreitung rosenhygienischer Kenntnisse im ganzen Volke, damit es Vertrauen bekommt zu den Lehren der Eugenik, damit es sieht, wie andere Völker ihm auf diesem Gebiete weit vorangeht und wie das Wohl und Wehe jeder Familie und jedes einzelnen mit diesen Fragen der Volkswohlfahrt aufs engste verknüpft ist. Vielleicht wird dann auch das Verantwortungsgefühl des jungen Mannes wieder mehr als bisher geschärft, daß er es als eine unverzeihliche Gemeinheit ansieht, ein schuldbeladenes Mädchen durch seine bewußte Anstreckung dem lebenslangen Siechtum und seine Kinder dem körperlichen und geistigen Krüppeltum zu überantworten!

Der Woll der Karikaturisten, der zugunsten des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler am 20. in der Bildharmonie stattfindet, ist als „Kunstball bei Kaffee“ angesetzt. Das Ballbureau befindet sich in der Bildharmonie, 11-5 Uhr.

# Angriff aufs Memelgebiet.

Litauischer Friedensbruch.

Heydekrug, 11. Januar. (W.B.) Die Litauer haben im nördlichen Memelgebiet Bajohren und Pogegen und im Südteil die Orte Langjargen und Pilsnapönen besetzt. Die dort stehende memelländische Schutzpolizei ist zum Teil entwaffnet worden. Von Norden her sehen die Litauer den Vormarsch auf Memel fort. Meldungen über Zusammenstöße liegen bisher nicht vor.

Nach den letzten Nachrichten haben die litauischen Freischützer Uebermemel (Gegend der deutschen Stadt Tilsit) besetzt. Andere Abteilungen stehen zehn Kilometer südlich Heydekrug. Im Norden stehen die Litauer vor Kollaten.

Die Franzosen haben sich am Memel verschanzt. Wie dem „Memeler Dampfboot“ aus dem Oberkommando erklärt wurde, wird die Entente Kriegsschiffe nach Memel senden, die die Besatzungstruppen verstärken sollen.

Memel, 11. Januar. (W.B.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Nach einem von großlitauischer Seite verbreiteten Manifest, das die Unterchriften des Hilfskomitees zur Rettung Kleinlitauens Santus, Lehardt, Schaulinski und Bruweleit trägt, wurde der frühere Landesdirektor Simonaitis „zum Präsidenten des Memelgebietes“ eingesetzt und der Staatsrat und die Landesdirektoren abgesetzt. In dem Manifest wird der Ruf als ein Werk des Rechts und der Gerechtigkeit hingestellt. Ein anderer Aufruf, in dem es heißt, daß die Herrschaft der Krays, Urlovski und Genossen vorüber sei, und der sich an das befreite Proletariat wendet, trägt die Unterschrift Deivoeleits, des Heydekruger Kommunisten, der seinerzeit an dem Anschlag gegen den Landrat Sawart in Heydekrug beteiligt war.

Gewalt zeugt Gewalt! Wie zu erwarten war, läßt der französische Gewaltakt im Westen auch die Unruheflamme im Osten aufbrennen. Deutschland ist durch den Versailler Vertrag gezwungen worden, auf das Memelgebiet, das sich in einer spontanen Volksabstimmung im Jahre 1920 bis auf ungefähr 14 Proz. für Deutschland erklärt hatte, zu verzichten. Es muß zugegeben werden, daß die Alliierten Litauen Hoffnungen auf den Besitz von Memel gemacht haben und daß Polen erst später als Anwärter auf den Plan trat. Im Memelgebiet hatte man sich verhältnismäßig rasch mit dem vorläufigen Zustand eines unter französischem Protektorat stehenden Memelstaates abgefunden und sah hierin unter den gegebenen Umständen das kleinere Übel. Ueber die endgültige Regelung der memelländischen Frage ist von der Entente des Öfteren beraten worden. Man dachte unter anderem daran, das Memelgebiet an Litauen zu vergeben, wenn Litauen auf das Gebiet von Wilna zugunsten Polens verzichtete. Aber diese Kombination zerfiel, da Polen das Gebiet von Wilna unter Bruch des Völkerrechts annektierte. Kurz vor Zusammenritt der letzten Pariser Konferenz wurden die Verhandlungen über die Regelung der Frage wieder aufgenommen. Litauen hat die Entscheidung nicht abgewartet; es folgte der Gewaltakt Frankreichs und Polens und überfüllt im tiefsten Frieden ein Land, das deutsch ist, mag es auch, wie Danzig, von Deutschland losgerissen worden sein. Ob die französischen Schutztruppen, wie die Berichte sagen, diesem räuberischen Ueberfall ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen werden oder ob man nicht Litauen den Brocken in den Rachen werfen wird, um es bei guter Laune zu erhalten, wenn sich im Osten weitere Vermittlungen „ergeben“ sollten, muß abgewartet werden.

An dieser Stelle wurde des Öfteren betont, daß in Deutschland Sympathien für Litauen bestehen, es wurde gesagt, daß ein unter französischem Protektorat stehendes Memelland Deutschland beunruhigen müsse und daß auch der Zusammenschluß mit Polen weder im Interesse des Memelgebietes noch Deutschlands sein könne. Betont wurde aber auch, daß die chauvinistische Welle, die sich seit einiger Zeit in Litauen bemerkbar machte, die Sympathien wesentlich abtönen müsse. Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß Litauen nunmehr zu jener Raubritterpolitik übergegangen ist, die es an Polen so sehr verurteilt hat. Mit Sorge blicken wir auf Ostpreußen, das seit langem von der großlitauischen und der großpolnischen Propaganda als begehrtes Objekt behandelt wird. Wir stehen vor der Frage: Ist der Ueberfall auf Memel eine in sich abgeschlossene Aktion oder ist er das Vorpiel zu einer Wiederaufröhlung der östlichen Grenzfrage, bei der Frankreich die treibende Kraft ist?

## Dollar 10450.

Der heutige offizielle Devisenverkehr stand unter dem Eindruck der Nachricht vom Vorrücken der Franzosen auf Essen. Es fand ein ziemlich lebhafter Umsatz in ausländischen Zahlungsmitteln statt. Die Kurssteigerungen gegen gestern waren jedoch verhältnismäßig gering. Der Dollar stellte sich gegen Mittag auf 10450. Die Ausblicke der morgigen Effektenbörse werden nicht ganz einheitlich beurteilt. Die Spekulation zeigt nach wie vor vorsichtige Zurückhaltung. Man rechnet selbst für den Fall, daß die Devisen noch weiter steigen, mit einem stilleren Geschäft am Wertpapiermarkt.

## Devisenkurse.

	11. Januar		10. Januar	
	Kauf- (Geld-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs	Kauf- (Geld-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	4119.67	4140.83	4089.75	4110.25
1 argentinische Papier-Peso	3890.25	3909.75	3835.53	3874.87
1 belgischer Franc	655.85	659.15	638.40	641.60
1 norwegische Krone	1935.15	1944.85	1895.25	1904.25
1 dänische Krone	2069.78	2110.27	2054.85	2095.15
1 schwedische Krone	2785. —	2902. —	2748.12	2759.88
1 finnische Mark	206.85	207.00	206.85	207.00
1 japanischer Yen	5012.40	5087.52	4987.50	5012.50
1 italienische Lire	521.19	523.81	498.75	501.25
1 Pfund Sterling	4578.75	45821.25	47979.75	48220.25
1 Dollar	10423.87	10476.13	10234.53	10283.65
1 französischer Franc	715.70	719.20	702.21	705.78
1 brasilianischer Milreis	1147.12	1152.88	1182.16	1187.84
1 Schweizer Franc	1970.00	1979.94	1935.10	1964.90
1 spanische Peseta	1635.00	1644.10	1615.93	1624.05
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	14.91	14.99
1 tschechische Krone	206.25	207.75	207.75	209.25
1 ungarische Krone	—	—	3.89	8.91
1 bulgarische Leva	—	—	68.84	64.16
1 jugoslawischer Dinar	—	—	107.25	107.77

# Kaffee und Kuchen für 36 Pfennige.

Das ist etwa kein Witz, durch den arme Menschen geplagt und gepeinigt werden sollen. Es ist auch kein Wunder, für das es keine Erklärung und Deutung gibt. Durchaus nicht. Es ist weiter nichts, als eine nackte und nüchterne Tatsache. Für sechs und dreißig Kupferne Reichspfennige erhält man in einer Berliner Konditorei eine Tasse Bohnenkaffee mit Milch und Zucker und ein Stück Torte, Dinge, die sonst und im allgemeinen drei- bis vierhundert Mark, bei dem heutigen Dollarstand vielleicht auch schon mehr kosten. Doch sangen wir mit dem Anfang an.

Ein Herr kommt in eine Konditorei, bestellt sich eine Tasse Kaffee und ein Stück Torte. Die Konditorei ist nicht sehr besucht, der Kellner gefällt sich zu dem Gast und es entspinnt sich ein Gespräch; natürlich, wie das heute schon so geht, über die allgemeine Teuerung und über die extraraganten hohen Preise. Da sagt der Kellner: „Da wird nun an jedem Sonntag in den Zeitungen bekanntgemacht, was es für ein Zwanzigmartstück in Papiermark gibt. Diese Bekanntmachung ist ziemlich überflüssig, denn so viel Leute, die goldene Zwanzigmartstücke haben, wird es heute nicht mehr geben, wenigstens nicht in der Stadt. Auf dem Lande haben sie noch viel davon, aber sie rücken nicht damit heraus. Die Behörden sollten lieber bekanntgeben, was ein Kupferpfennig für Wert hat. Kupferpfennige haben noch viele Leute, aber sie wissen nicht, was die für einen Wert haben!“ Jetzt wird der Gast aufmerksam und meint lachend: „Kupferpfennige habe ich eine ganze Menge zu Hause, ein paar habe ich, glaube ich, auch bei mir!“ Damit holt er eine Handvoll Pfennige aus der Tasche. Der Kellner strahlt und sagt: „Der Herr kann ja in Wienigen bezahlen!“ Er rechnet nach und kommt zu dem Resultat: „Dann macht es sechsunddreißig Pfennige!“

Vor noch gar nicht so langer Zeit hat eine ostpreussische Zeitung eine interessante Umfrage veranstaltet, was und wieviel es noch für zehn Pfennige gibt. Gott, die Verhältnisse in Ostpreußen sind zum Teil bescheiden und einfacher als in Berlin, und es stellte sich heraus, daß man für einen Groschen noch allerhand erhielt. Wie wäre es heute mit einer Umfrage über den Wert eines Pfennigs? Vielleicht haben wir dann eine neue Kategorie des Kapitalisten, nämlich den Kupferpfennig-Millionär, emdad!

## Die neue Teuerungswelle.

Der Dollarstand von 10 000, hervorgerufen durch den Einmarsch der Franzosen, hat eine neue Teuerungswelle gebracht. Allen voran sind die Fettwarenpreise in die Höhe gestiegen. Vor knapp vierzehn Tagen zahlte man für Naturbutter etwa 1500 bis 1700 Mark pro Pfund, während heute die Preisliste etwa 2100 bis 2700 Mark ist. Das Schweineschmalz, das noch vor kurzer Zeit 1200 bis 1300 Mark kostete, ist jetzt nicht unter 1900 bis 2000 Mark zu haben. Als der Dollar den Stand von 7500 bis 7600 erreicht hatte, zahlte man für Margarine im Durchschnitt 900 bis 1000 Mark. Bei einem Dollarstande von über 10 000 werden 1200, ja auch 1400 Mark gefordert. Das Fleisch ist um 20 bis 30 Proz. gestiegen, oft das Pfund um 150 bis 200 Mark. Milch- und Käsewaren sind ebenfalls zurzeit noch nicht so stark von der Teuerungswelle ergriffen worden.

## Der Händlerstreik wird abgebrochen.

Morgen Wiederaufnahme des Verkaufs in den Markthallen.

In den gestrigen Verhandlungen zwischen Magistrat und Markthallenstandinhabern, die vor dem Oberpräsidenten stattfanden, stellte sich dieser auf den Standpunkt, daß der Markthallenstreik unbedingt Teilschüsse aus dem allgemeinen Etat der Stadt Berlin erhalten müsse. Die Erklärungen des Oberbürgermeisters Böhm zu dieser ganzen Frage sah der Oberpräsident dahin zusammen, daß der Oberbürgermeister anerkenne, daß die Erhaltung der Markthallen im volkswirtschaftlichen Interesse liege und daß er sich für eine wohlwollende Prüfung der gesamten Lage durch den Magistrat einsetzen werde, insonderheit soll geprüft werden, in welchem Umfange eine Erleichterung der Standmietenzahlung und eine gewisse Stabilisierung der Mieten für längere Zeit eintreten kann. Der Magistrat habe bereits beim Reich beantragt, für die Befoldung der Beamten der Markthallen 75 Proz. der Teuerungszuschläge aus Reichsmitteln zuzuschlehen. Seitens des Oberpräsidenten sei dieser Antrag befürwortet worden. Weiter soll bei der Deputation für Ernährungswesen die Zuziehung von Sachverständigen aus Markthallenkreisen empfohlen werden.

Die Standinhaber nahmen heute vormittag in einer Versammlung zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung. Vom Vorstand wurde den Streikenden empfohlen, mit Rücksicht auf die politische Lage am Freitag die Betriebe wieder zu öffnen, bis zum Abschluß der Verhandlungen aber nur die Mieten in Dezemberhöhe zu zahlen.

## Der „Gänsedieb“ gefast.

Verstärkte Kontrolle der Metallschmelzen.

Der Metalllieb, der das Viebel auf dem Nikolaiburger Platz um seine Gänse brachte und wahrscheinlich auch andere öffentliche Kunstwerke schändete, ist jetzt unschädlich gemacht.

Seine Ermittlung erfolgte im Anschluß an die Festnahme einer Einbrecherbande, die kürzlich in der Reichsberger Straße 47 einen schweren Einbruch ausführte. Eine Stahlstange des gestohlenen Gutes wog allein 6 Zentner. Die Kriminalpolizei des Polizeiamts Kreuzberg ermittelte jetzt die Täter und nahm sie fest. Es sind fünf junge Burschen von 18 bis 20 Jahren, die sich von der Schule in der Reichsberger Straße her kennen und gewerdmäßig gemeinsam fielen. Beim Verhör leugneten sie hartnäckig, und es war zunächst nichts aus ihnen herauszubringen. Während sie nun eine Nacht über im Gewahrsam saßen, glaubten sie sich einen Ausblick unbewacht, während sie, ohne daß sie es wußten, in Wirklichkeit um so schärfer beobachtet wurden. Da machte einer von ihnen eine Bemerkung, aus der hervorging, daß er etwas von der „Gänselei“ gestohlenen Bronzengans wissen mußte. Als man am anderen Tag den Burschen den Diebstahl auf den Kopf zusagte, gestanden sie. Auf einem Treptower Baugelände fand man, 1½ Meter tief vergraben, den Rumpf einer Bronzengans, die man bereits des Kopfes und der Beine beraubt hatte. Es ist dies die zweite der gestohlenen Gänse. Mit den anderen will der Täter, ein gewisser Bruno Baier, überhaupt nichts zu tun haben. Eine der gestohlenen Gänse wurde, wie wir bereits mitteilten, kürzlich zerstückelt von Kriminalbeamten in einer Schmelze entdeckt und beschlagnahmt. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Müller auf dem Polizeiamt Kreuzberg am Halleschen Tor entgegen.

Die Verfolgung dieser Diebstähle gab Veranlassung zu Nachforschungen bei einer ganzen Anzahl Produktionshändlern, deren Keller ausgedünnt wurden, weil überall Hehlernaren gefunden wurden. Die ungeheuren, überhandnehmenden Metalldiebstähle haben überhaupt zu einer scharfen Kontrolle der Produktionshändler geführt. Das Vergehen für diese Diebstähle bei der Kriminalpolizei ist zu diesem Zwecke geteilt und die Zahl der Branden bedeutend vermehrt worden. Bei der Dienststelle P 17, die sich jetzt besonders mit den Nachforschungen nach Metall von Denkmälern befaßt, liegen bereits eine ganze Anzahl Sachen, die von Verurteilungen von Denkmälern herühren, ein Bronzerelief von Luther, der Knäufe eines

Schwertes vom Nationaldenkmal u. dgl. m. Alle Mitteilungen, die zur Aufklärung dienen können, werden vertraulich behandelt.

## Um die BZ.

Eine Erklärung des Kohlenamtes Berlin.

Zu den bereits mehrfach im „Vorwärts“ behandelten Angriffen gegen die Berliner Brennstoffzentrale nimmt nun auch das Kohlenamt Berlin Stellung und erklärt folgendes: „Dem Brennstoffdezerenten der städtischen Werksdeputation, der des Kohlenamtes untersteht, sind bestimmungsgemäß alle Ausgaben übertrugen, die in das Gebiet der Brennstoffbewirtschaftung fallen. Hierzu gehört in erster Linie die Leitung der Geschäfte des Kohlenamtes und naturgemäß auch die Beaufsichtigung aller mit der sonstigen städtischen Brennstoffversorgung zusammenhängenden Einrichtungen, zu der auch die Berliner Brennstoffzentrale rechnet. Die bisherigen Leiter des Kohlenamtes haben denn auch die erwähnten Befugnisse stets in ihrer Person vereinigt. Jene des Interessesollisten, die für den übrigen Handel eventuell nachteilig ist, ist unter den gegebenen Umständen völlig ausgeschlossen. Besonders der Vorwurf, daß der BZ die Belieferung des Abschnittes 15 vor der allgemeinen Freigabe gesteuert worden sei ist in dieser Verallgemeinerung völlig ungerichtet. Es handelt sich vielmehr im vorliegenden Falle um eine Vergünstigung, die lediglich im Interesse einer schnelleren Durchführung der städtischen Koststandsaktion, die der BZ übertragen war, zustande gekommen ist. Es sollte damit nur eine gleichmäßige Behandlung aller in dieser Hinsicht versorgungsberechtigten Personen erreicht werden, was durch die gerade in die Zeit dieser Koststandsaktion fallende Freigabe des Abschnittes 18 sonst verhindert worden wäre. Die Vergünstigung galt jedoch nicht für die übrige Verbraucherschaft der BZ, deren Belieferung auf Abschnitt 18 den allgemeinen Bestimmungen unterworfen war. Was endlich die verschiedentlich erwähnte Erhöhung des Eigenbedarfs des Magistrats anbeht, so entspricht auch dieses nicht den Tatsachen. Das Magistratskontingent wird nach dem vorjährigen Bedarf festgestellt und auch im nächsten Wirtschaftsjahre von der BZ beliefert werden. Die erwähnte Erhöhung von 68 000 auf 100 000 Tonnen bezieht sich jedenfalls nicht auf den Eigenbedarf des Magistrats, sondern auf den Bedarf der sonstigen Kundenschaft der BZ. Es sei in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich das zukünftige Kontingent der BZ genau nach denselben Grundsätzen wie für den übrigen Kohlenhandel bestimmt, d. h. es werden ihr diejenigen Mengen für das neue Wirtschaftsjahr zugewiesen, die ihr auf Grund der Eintragungen in die Kundenlisten zustehen. Die Belieferung der in die Kundenliste der BZ eingetragenen Verbraucherschaft ist demnach in gleicher Weise sichergestellt wie die der Verbraucherschaft des übrigen Kohlenhandels.“

## Von einer Granate zerrissen.

Gestern abend gegen 10¼ Uhr zerfiel die 21 Jahre alte Arbeiter Arthur Drege in der Wohnung seiner Schwiegermutter, der Witwe Engemann, Brüsseler Straße 47, einer Granate. Die Granate explodierte der Jünder unter lautem Krachen, und die Splitter drangen dem Unvorsichtigen in den Körper, so daß er sofort tot zusammenbrach. Seine in demselben Zimmer anwesende 30 Jahre alte Ehefrau Margarethe erlitt am Kopf, seine sich ebenfalls dort aufhaltende Schwiegermutter an beiden Beinen erhebliche Verletzungen. Das 2½ jährige Kind des Drege, das in einem Korb lag, blieb unverletzt. Durch die Sprengkräfte ist ein Teil der Zimmereinrichtung stark beschädigt worden. Nachdem der Arzt den Tod des Drege festgestellt hatte, wurde die Leiche dem Schauhaufe zugeführt.

## Der Abort auf dem Balkon.

Ein Balkon ist eine ganz schöne Sache, auch wenn man bei den heutigen Preisen im Sommer auf viel Blumenduft verzichten muß. Dieser Verzicht auf Wohlgerüche hat wohl einen hausbesitzer in Treptow bezogen, für „Griech“ zu sorgen. Er selbst benötigte eine kleine Wohnung erst als Bureau, vermietete sie dann als Wohnraum und ließ in den Balkon ein — Wasserlosetz einbauen. Da hätte fogar der selige Ben Affa gefogt: Das ist noch nicht dagewesen!

Das Potsdamsche Große Militärwaisenhaus wird, da dort eine militärische Erziehung nicht mehr stattfindet, auf Grund einer Bestimmung des Ministers für Volkswirtschaft vom 1. Januar 1923 ab die Bezeichnung „Potsdamsches Großes Waisenhaus“ führen, eine Bezeichnung, die sich bereits in einer Urkunde des Stifters findet. Das Waisenhaus in Preßlau führt die Bezeichnung „Das Potsdamsche Große Waisenhaus (Mädchenabteilung)“.

Ueberfall auf eine Reichstagsabgeordnete. Gestern abend wurde in der Nähe des Küstriner Platzes die württembergische Reichstagsabgeordnete Gen. Zieger von einem Manne mit einem Dolch überfallen. Auf seine Hilferufe eilte eine Gruppe von Frauen, die aus einer Versammlung kamen und ein Schußmann herbei. Der Attentäter wurde festgenommen. Es handelt sich um einen polnischen Staatsangehörigen, der einen dreiknechtigen Dolch mit sich führte.

Einheitliche Sonn- und Festtagsruhe im Feiler- und Barbiergewerbe. Unter Aufhebung aller Sonderbestimmungen hat der Polizeipräsident für das Friseur- und Barbiergewerbe in ganz Groß-Berlin folgendes bestimmt: Im Gewerbebetriebe der Barbier und Friseure darf ein Betrieb an den 2 Feiertagen des Reichstags, Oster- und Pfingstfestes überhaupt nicht, an den übrigen Sonn- und Festtagen nur bis 12 Uhr mittags stattfinden. Darüber hinaus ist der Betrieb nur insoweit gestattet, als er bei der Vorbereitung öffentlicher Theateraufführungen oder Schaustellungen erforderlich ist.

Volkshochschule Groß-Berlin. Die Eröffnungsfeier am Freitag, den 12. Januar (Vortrag von Prof. Mey), findet nun um 8 Uhr im Doroboenstädtischen, sondern um 8 Uhr im französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6, statt. Die Kurse der Volkshochschule werden jeweils an den lehrplanmäßigen Wochentagen der am 15. Januar beginnenden Woche wieder aufgenommen.

Wirtschaftliche Selbsthilfe der körperlich Behinderten. Der Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten, der sich das lobens- und furchenswerte Ziel gesetzt hat, körperlich schwer Behinderten (Rudelp) zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit zu verhelfen und sie so von Almosen zu befreien, hat jetzt in Berlin W. 35, Nollendamm 41, als Eigenunternehmung einen Vervielfältigungsdruckbetrieb eröffnet; der Bund bietet, ihn durch Zuziehung von Arbeitern zu unterstützen.

Generalversammlung der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsfangener. Gruppe Berlin Nordost, am Donnerstag, 11. Jan., 7½ Uhr, in den Union-Behälden, Greifswalder Straße 221/3.

## Grubenkatastrophe in Deutsch-Oberschlesien.

45 Bergleute dem sicheren Tode geweiht.

Ein furchtbares, in seiner Abmessung offenbar noch gar nicht zu ermessendes Grubenunglück hat sich in Hindenburg in Deutsch-Oberschlesien zugetragen. Auf der Abwehr-Grube explodierte gestern abend eine Benzol-Colompositiv, wodurch eine ganze Strecke in Brand geriet. Eins 45 Bergleute wurde der Ausgange abgeschnitten. Wie die Grubenleitung hierzu mitteilt, ist zu befürchten, daß sämtliche Eingangsöffnungen den Tod gefunden haben.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kälter, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und ziemlich kalten nordwestlichen Winden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Sächsische Gewerkschaftskonferenz.

Eine Konferenz der Ortsausschüsse des A.D.B. in Sachsen tagte am Sonntag in Dresden. Tempel, Dresden berichtete über die letztjährige Tätigkeit des Ausschusses, die nur nebenamtlich erfolgen konnte und durch die Abgabe von Gutachten und Vorschlägen, insbesondere für die Erwerbslosenunterstützung und die Arbeitsnachweise stark in Anspruch genommen war. Zum Verwaltungsrat beim Landesamt für Arbeitsvermittlung stellten die sächsischen Gewerkschaften acht von zehn Mitgliedern. Auch bei den Landtagswahlen mußten die Gewerkschaften mitwirken, doch wurden nur freiwillige Beiträge für die Wahl verwendet und nicht — wie die Kommunisten denunzierten — Gewerkschaftsgelder. Im übrigen beschäftigten den Ausschuss die Steuerfragen, die bevorstehenden Wahlen zur Sozialversicherung, die Krankenlastenfrage und die Umgestaltung der Gewerbeaufsicht. Der überleitete Beschluß des Ortsausschusses Löbau, ab 13. Januar in eine Steuerverweigerung einzutreten, wurde nicht gebilligt, während der Beteiligung der Gewerkschaften an der deutschen Rotgenossenschaft nur vereinzelter Widerspruch begegnete. Völsche-Dresden wandte sich gegen die vom Leipziger Delegierten vertretene Auffassung, daß die Gewerkschaften die politische Führung allein übernehmen müßten. Beschlossen wurde, dahin zu wirken, daß die durch das Gesetz vom 1. Dezember 1922 eingeführte Parteifreiheit für den Bezug der erhöhten Vergütungen aus der Krankenversicherung wesentlich abgeklärt wird. Ferner wurde eine Reform der Lohn- und Gehaltssteuern gefordert, dahingehend, daß 1. die Steuerermäßigungsbeiträge verdoppelt werden, 2. allmonatlich eine gleitende Steuerermäßigung nach dem jeweiligen Grade der Geldentwertung im Vormonat erfolgt, 3. die sofortige Einziehung aller übrigen Steuern und 4. die Neuregelung des Erbschaftsverfahrens. Nach einem Referat von Liebe-Dresden wurde die

### Errichtung eines Bezirksausschusses

gründlich gefordert, wozu pro Mitglied und Quartal 25 Pf. an den Bezirksausschuss abzuführen sind. Als Mitglieder des Bezirksausschusses wurden gewählt: Tempel, Dresden; Schilling, Leipzig; Franz, Chemnitz; Müller, Wittenberg; Fiedler, Bautzen und Herold, Guben; als Vertreter der Gewerkschaften Sachse, Kiepel und Liebe.

Über den Gehaltentwurf einer Arbeitnehmerkammer referierte Tempel. Wirtschaftsminister Füllsch und Arbeitsminister Aitken traten für den Entwurf ein. In der hierzu gefassten Entschließung erklärte die Konferenz, daß auf den Gebieten, wo landesrechtlich die Möglichkeit besteht, paritätische Wirtschaftskammern zu schaffen, diese Möglichkeiten mit allem Nachdruck zu unterstützen sind. Die zu dem

### Abbruch und Säkulation gewerblicher Betriebe

gefaßte Entschließung fordert den A.D.B. auf, energische Schritte gegen die beabsichtigten Verflechtungen zu unternehmen.

### Lohnbewegung der Bauhelfer.

Eine überfüllte Versammlung der Bauhelfer und der in Betrieben für gleiche Zwecke beschäftigten Arbeiter am Mittwoch im Arbeitslosenklub des Verbandshauses der Metallarbeiter nahm Stellung zu dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über die Januarlöhne. Fuchs berichtete, daß der Schlichtungsausschuss angerufen wurde, weil eine Einigung mit dem Schloßverband der Schlosserbetriebe nicht zu erreichen war. Der am 6. Januar gefällte Schiedspruch billigt für die Zeit vom 1. bis 15. Januar 20 Prozent Erhöhung auf die Dezemberlöhne, und für die Zeit vom 16. bis 31. Januar weitere 15 Proz. auf die Dezemberlöhne zu. Ferner wird die Ausgleichszulage (Zuhandlungs) von 5 auf 6 M. und die Bauzulage von 4 auf 5 M. erhöht. Auch die Montageauszahlung soll erhöht werden, und zwar von 900 auf 1500 M. und die Bezahlung der Nachtstunden von 55 auf 75 M. Dieser Spruch soll auch für die in der Maschinenindustrie beschäftigten Schlosser Geltung haben, wurde von diesen jedoch abgelehnt. Sie sind jedoch bereit, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die Entscheidung des Demobilisierungskommissars herbeizuführen. Die Verhandlungskommission für Bauhelfer steht auf dem Standpunkt, sich diesem Schritt anzuschließen, und hat sich bemüht, die Entscheidung des „Demo“ zu beschleunigen. Vor Montag werde die Verhandlung jedoch nicht möglich sein. Wenn die Versammlung zustimme, würde am Montagabend eine Vertrauensmännerkonferenz über Annahme oder Ablehnung zu beschließen und am Dienstag die Lohnkommission das Weitere zu veranlassen haben. Der Redner hat schließlich diesen Vorschlag anzunehmen und der Kommission alle erforderlichen Schritte zu überlassen. Nach einer längeren Aussprache wurde der Schiedspruch von der Versammlung einstimmig abgelehnt und hierauf beschloß, der Kommission dem Vorschlag entsprechend die weiteren Schritte zu überlassen.

### Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Das hysterische Geschrei der kommunistischen Presse über den angeblichen Verrat der Gewerkschaften und namentlich des Fabrikarbeiterverbandes in Ludwigshafen soll lediglich dazu dienen, das Elend und die Furcht der durch kommunistische Phrasen irreführten Arbeiterchaft in Ludwigshafen zu überdübeln. Jetzt, nachdem der Fabrikarbeiterverband eine Wiederholung solcher verbrecherischen Unternehmungen dadurch unmöglich machen will, daß er die für die Niederlage und das Elend der Arbeiter in Ludwigshafen verantwortlichen Kommunisten zur Rechenschaft zieht, schreibt ihre Presse über Spaltungsbestrebungen durch den Hauptvorstand des Verbandes. Dabei haben die Strategen Rostaus, um sich eine Position zu schaffen und die kommunistischen Parteigeschäfte unter dem Deckmantel der Gewerkschaften zu verbergen, in Leverkusen einen neuen Verband der sog. Opposition gegründet. Diese Gründung war seit längerer Zeit vorbereitet und trägt lediglich das Wert der Zerstückelung.

In Berlin machen die Rostausjünger unter Führung von Reichel und des dem sog. Fünfzehnerausschuss als angeblicher Vertreter der chemischen Industrie angehörenden Willi Schulz alle Anstrengungen, um die verunglückten Experimente jetzt auch in Berlin zu wiederholen. Für die kommende Generalsversammlung haben sie bereits alle Vorbereitungen getroffen. Als kommende Vorsitzender soll der obgenannte Schulz, der sich selbst gegenüber unseren Genossen immer als „auf dem rechten

Flügel der SPD. stehend“ bezeichnet, aufgestellt werden. Die Delegiertenzahlen zur Generalversammlung sind bereits berechnet, die aus den einzelnen Bezirken für die Rostausjünger in Frage kommen sollen. Uns scheint, daß das Fell des Bären verteilt wird, ehe der Bär erlegt ist.

Für die Margarineindustrie ist als Vertreter ein gewisser Kirchste genannt, der im letzten Jahre die Belegschaft seines Betriebes in einen Solidaritätsstreik hineintrieb, bei dem ein Teil der Arbeiter als Opfer fiel. Sich selbst brachte dieser Streik dadurch in Sicherheit, daß er als Streikratsvorsitzender nicht an dem Streik teilnahm.

Ganz selbstverständlich ist, daß die kommunistische Subelände zur nötigen Stimmungsmache beitragen soll. Am Sonnabend und Sonntag sollen in der „Roten Fahne“ zwei Artikel erscheinen, die sich mit der jetzigen Verwaltung der Fabrikstelle und namentlich mit der Person unseres Genossen Reimann beschäftigen sollen. Gleichzeitig soll eine Mißtrauensresolution der Münzstraße gegen Genossen Reimann sowie eine Willensfundgebung an alle deutschen Fabrikarbeiter, die dem Hauptvorstand das Mißtrauen ausspricht, veröffentlicht werden. So hofft man, die nötige Stimmung und Berührung für die kommenden Delegiertenwahlen, die in den nächsten Bezirksversammlungen stattfinden, zu schaffen. Stütztruppen sollen in Tätigkeit treten, um, wenn irgend möglich, das Abstimmungsresultat in den Versammlungen zu beeinflussen.

Unsere Genossen und Kollegen, die in den Gewerkschaften wirklich positive Arbeit leisten wollen, werden darüber wachen, daß die Pläne der Kommunisten nicht in Erfüllung gehen. Die Leute um Schulz, die den Kapitalisten durch Zerstörung der Gewerkschaften Helfersdienste leisten, sollen sich gefast sein lassen, daß bei den Berliner Fabrikarbeitern kein Platz für Arbeiterabläuge ist, am allerwenigsten jetzt, wo die Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum Front machen muß.

Den Gehaltserhöhungen der Beamten und Angestellten der Reichsbehörden, entsprechend dem Verhandlungsergebnis mit den Spitzenorganisationen, hat das Reichskabinett gestern bereits zugestimmt.

Die Bergarbeiterlöhne wurden nach dem Schiedspruch für das Ruhrrevier am 9. und 10. Januar auch für die übrigen Steinkohlen- und Braunkohlenreviere teils durch Schiedspruch, teils durch Vereinbarungen geregelt. Die Lohnhöhe hält sich, abgesehen vom Ruhrrevier, dessen Lohnsätze nach altem Herkommen denen im Ruhrrevier entsprechen, etwas unter den Sätzen für das Ruhrrevier.

# Wirtschaft

## Der Steuervorteil der Besizenden.

Der gewaltige Vorteil der Besizenden, die ihre Steuer nachträglich zu bezahlen haben, ist schon wiederholt betont worden. Die Gewerkschaften haben deshalb auch eine Änderung des Lohnabzugsverfahrens verlangt. Folgendes Beispiel zeigt die Wirkungen der Steuer auf den Lohnempfänger, der sie sofort entrichtet, und den Berechnungspflichtigen in einkünftiger Weise:

Die Lohnentnahmen und die Steuerabzüge eines unverheirateten Staatsarbeiters im Jahre 1921 werden hier dargestellt und die letzteren mit Hilfe des Durchschnittsstandes des Dollars in den einzelnen Monaten auf Goldmark umgerechnet. Dabei ist der Dollar mit 4,2 Friedensmark berechnet.

1921	Lohn	Steuerabzug	Durchschn. Dollarwert	Goldmarkbetrag d. Steuerabzugs
Januar	1831,80	111,—	64,91	7,1817
Februar	1888,60	113,—	61,81	7,7408
März	1418,95	117,—	62,45	7,8647
April	1417,20	104,—	63,88	6,8744
Mai	1499,—	180,—	62,80	6,7020
Juni	1499,20	104,—	69,86	6,8044
Juli	1558,50	122,80	76,67	6,7020
August	1200,85	76,40	84,31	3,8047
September	1616,20	118,—	104,91	4,7200
Oktober	1822,10	108,60	150,20	3,6299
November	2001,40	167,80	262,68	2,6864
Dezember	1940,65	168,90	191,98	3,7158
	18040,85	1441,10		87,3845

Der Arbeiter hat also seine Steuerleistung für das Jahr 1921 schon längst bezahlt, auch die für das Jahr 1922 bereits. Aber unter dem Vorwand, die ein selbständiges Gewerbe betreiben und die auf Grund einer Selbstanschätzung zur Steuer veranlagt werden, hat wahrscheinlich der überwiegende Teil die Steuern für 1921 noch nicht bezahlt. Ein unverheirateter freier Steuerzahler mit dem gleichen Jahresinkommen für 1921 wie der Arbeiter im vorerwähnten Falle, hat für dieses Jahr 1680 M. Steuern zu zahlen. Wenn er diese Steuern nun erst am 3. Januar 1923 bezahlt hat, so hat er nach dem Dollarstand an diesem Tage 95 Goldpfennige oder den 71. Teil des Wertes bezahlt, den der Arbeiter im Lohnabzugsverfahren zahlen mußte. Der Lohnabzug des Arbeiters betrug für das Jahr 1921 die Summe des Verdienstes aus 235 Arbeitsstunden. Wenn der Arbeiter ebenso wie der freie Steuerzahler jetzt erst seine Steuern zu zahlen brauchte, so würde er, da infolge der Geldentwertung inzwischen sein Stundenlohn in das Vielfache gewachsen ist, nicht den Betrag von 235, sondern nur von 5 1/2 Arbeitsstunden zu zahlen haben.

Der selbstverständliche Satz: Gleiches Einkommen, gleiche Steuern — trifft in Deutschland seit langer Zeit nicht mehr zu. Wenn kein Weg gefunden werden kann, die freien Steuerzahler zur Leistung des gleichen Steuerwertes anzuhaken, wie die Arbeiter, so muß die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck entweder eine ganz bedeutende Herabstufung der Steuerlast oder schließlich sogar die Aufhebung des Steuerabzugs vom Lohn verlangen.

Neuorganisation der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Gelegentlich der Beratung des Etats für das Jahr 1922 erklärte Wirtschaftsminister Dr. Füllsch in einer Landtagsansprache, daß er eine Umorganisation der Landesstelle für Gemeinwirtschaft plante, um diese mehr der Praxis des Wirtschaftslebens anzupassen und nützlich zu machen. Diese Absicht ist nunmehr durchgeführt worden. Der bisherige Leiter der Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Gen. Schippel, hat diese Stellung mit dem 1. Januar d. J. verlassen und einen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule in Dresden erhalten. Zum neuen Direktor der Landesstelle ist der schon bisher

dort tätige wissenschaftliche Mitarbeiter Gen. Edmund Fischer ernannt worden. Durch neue vom Wirtschaftsministerium erlassene Ausführungsbestimmungen ist angeordnet worden, daß die Landesstelle für Gemeinwirtschaft die planmäßige Regelung der öffentlich-rechtlicher Grundlage für solche Wirtschaftszweige vorzubereiten hat, die nach ihrer Wesenart für die gemeinwirtschaftliche Regelung bestimmt sind und ihrer bedürfen. Besonders hat sie das Genossenschaftswesen in allen seinen Teilen zu fördern.

Ein deutsch-amerikanischer Kalklieferungsvertrag. In der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Kaliumkartells wurde beschlossen, den Vorschlag zu erwidern, mit der Kalklieferungs-Gesellschaft der Vereinigten Staaten (Potash Importing Corporation of America) in New York einen Verkaufsvertrag abzuschließen, welcher den Kalkbedarf der Vereinigten Staaten während der nächsten fünf Jahre zum Gegenstand hat.

Es wurde berichtet, daß der Kalkbedarf des Vorjahres rund 18 Millionen Doppelzentner Kalk (K<sub>2</sub>O) betragen hat. Seit 1. Dezember ist vornehmlich infolge der gewaltigen Preiserhöhungen ein Rückgang im Inlandsablauf festzustellen.

Chinesische Baumwoll- und Wolleproduktion macht geradezu erstaunliche Fortschritte. Aus einer jüngst veröffentlichten Statistik geht hervor, daß die Baumwollproduktion in China im Jahre 1921 bereits die Indiens und Ägyptens sehr weitlich übertrifft hat. Die Baumwollplantagen Indiens sind zwar viel umfangreicher, der Durchschnittsertrag ist aber viel geringer. — weniger als die Hälfte — als in China. Umgekehrt in Ägypten, wo zwar die Plantagen weniger zahlreich sind, aber wesentlich ergiebiger. Die Qualität der chinesischen Baumwolle ist besser als die der Vereinigten Staaten. In gleichem Maßstabe entwickelt sich die Wolleproduktion. Bei der Wolleneinfuhr der Vereinigten Staaten spielte in der ersten Hälfte 1922 die chinesische Wolle bereits eine größere Rolle, als die aus Australien, Argentinien und Uruguay, den bisher größten Wollproduzenten und ausführenden Ländern.

Amerikanische Beteiligung an der deutschen Industrie. Die im letzten September unter der Bezeichnung United European Investors Ltd. mit einem Kapital von 600 Millionen deutscher Mark gegründete Vereinigung amerikanischer und kanadischer Markbesitzer, die als ihre Absicht bezeichnen, ihren Markbesitz in Realwerten in Deutschland anzulegen, hat nach Anhörung ihres deutschen Beratungskomitees, entgegen der früheren Absicht, diesen Besitz zum Einkauf von Grundstücken und Häusern zu verwenden, nunmehr für 100 Millionen Mark deutsche Aktien erworben. Die Vereinigung hat in keinem Falle die Mehrheit der Aktien eines deutschen Unternehmens erworben, vielmehr verteilen sich nach einer Mitteilung des Vorsitzenden Franklin D. Roosevelt, des früheren zweiten Sekretärs für die Flotte, die Aktienkäufe auf nachstehende zwanzig deutsche Unternehmen, welche die deutschen Berater als solid und „profitabel“ bezeichnet haben: Dynamit Nobel, Deutsche Bergbau, Händel Brückenbau, Harfurt, AEG, Berlin-Anhalter Maschinenbau, Hügelwerke, A.O. für Amminfabrikation, Thibis Ber. Schiffbau, Deutsche Maschinenfabrik Duisburg, Philipp Holzmann, Hedderbrüner Kupferwerk, Zellstoffabrik Waldhof, Mechanische Weberei Linden, Carl Meß u. Söhne Freiberg, Krefft Reichelsberg, Dortmunder Union-Brauerei, Unterelbe Bricketwerke, Barmser Textilindustrie und Meurer Sprigmatell.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Normdrucks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Normdrucks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

**Zähne 400 u. 500 M. mit Friedenskauschuk**  
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen, Plomben, Stützähne. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.**

## Gewinn-Auszug

21. Preussisch-Sächsischen (247. Preussischen) Klassen-Lotterie  
1. Klasse 2. Ziehungstag 10. Januar 1923

„Aus jeder gezogenen Nummer sind gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Klasse, in der die beiden Ziffern 1 und 11“

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.  
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 1750 M. gezogen.

2 ER 400000 M 2 3402
2 ER 7000 M 80008
2 ER 18000 M 92848
2 ER 10000 M 184053
6 ER 600 M 3033 197 2 47 52
10 ER 4000 M 12471 42076 228 05 325401 319278
78 ER 1800 M 2030 10678 20683 24205 24500 25813
22874 18769 19 11 24315 24321 42210 40330 51370
51704 40367 68880 73321 79056 83043 87417 95874
95821 97034 103338 10876 1146 4 11 698 118004
118395 11 450 1 0500 121870 129958 132805 144957
16 285 180361 190544 160872 163372 182167 192856
186770 191152 193515 196952 190771 202949 212417
212505 216041 228200 233861 236560 241638 250284
262728 263677 269713 260280 274795 271281 27149
272423 272689 277673 2 810 284081 291280 298183
301889 303897 30 138 30676 307660 308353 308216
310060 318719 324178 327 02 3 4533 334070 342088
342230 344516 346281 356423 360162 363643 370933
370970

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 1750 M. gezogen.

2 ER 18000 M 41913
2 ER 10000 M 101034
6 ER 6000 M 102081 205782 870446
8 ER 4000 M 20716 6444 60387 65587
200 ER 2800 M 6597 7611 7638 12627 2682 4836
168 5 14710 17028 28077 30113 34815 37610 44410
52683 53068 53289 61895 60790 69011 71180 72277
76849 80410 8 331 88181 85590 80624 83352 10 583
111206 122069 125171 128840 138000 147618 15 592
160184 162179 162203 162946 170648 176871 178041
181870 182181 18 892 184103 187735 188480 188830
190 88 194460 199776 197185 198135 198260 20480
2 7205 2 0770 23740 234481 237018 276 0 3378 6
236860 247 09 240184 243459 243233 265485 27 87
271970 172405 282823 28438 289329 298 84 29567
307 97 313393 314487 318863 324052 325604 338189
338599 334845 340570 342464 345870 350481 360817
362030 366947 368411 360361 368489 37 308 37 341

Die Ziehung der 2. Klasse beginnt am 8. März 1923.

**86 Gartenstr. 86**  
**Zahngebisse**  
Gold, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
Paul Schneider, Juwelier  
**86 Gartenstr. 86**  
Der wirksamste Weg zu mir lohnt sich!

**Alle Gebisse** auch zerbrochene  
pro Zahn 1200, 1500 bis 80000 M.  
Gold-, Dublec-, Silberbruch + all.  
zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle  
B. Zymalski, Weißenburger Straße 32.

**Edelmetall-**  
**schmelze**  
E. Seeger, Patulitzstr. 19  
kauft  
**Gold-, Platin-, Silber-Bruch**  
**Zahngebisse.**  
Besonders hohe Kurse, da enormer Bedarf.

**Max Busse**  
Gegründet 1878.  
Neu eröffnet **Ankaufsstelle** Neu eröffnet  
für  
**Gold-, Silber-, Platin-**  
**Brillanten**  
gegenüber dem altbekannten  
Haupt-Geschäft  
**Brunnenstraße 18**  
an der Invalidenstraße.

**Rugellager** ff. u. gr.  
Friedrich & Co., W 11  
Königsplatz, Str. 20

**Brillanten**  
**Gold-Silber-Bruch**  
kauft höchst-zahlend  
Ankaufsstelle  
Frankfurter  
Allee 298  
an der Invalidenstr.

**Zeitungs-papier**  
gebünd., 1/2 P.  
Hans-  
Lampen, fälschen  
ohne Gefahr  
Hankölln  
178  
Hauptstr., Reinholden  
Gemeinde, Reinholden  
Gemeinde, Reinholden

**Gold**  
**Silber-Platin**  
Gegenstände, Bruch  
**Zahngebisse**  
kaufen zu unüberbietbaren  
Preisen  
Gebrüder Fuhrmann  
Nollendorferstr. 39.

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
aller Art in großer Auswahl.  
**Aleider- u. Futter-Seiden**  
farbig und farlos.  
Gelegenheitskäufe  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Aleider u. Röcken. 1-3 geschloß.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Kerbmöbel**  
Garten-Bal-  
kone, Wohn-  
mod. u. dau-  
erhafte Aus-  
stattung  
Or. Auswahl  
Besicht erbet.  
Heinr. Kaese  
Fabrikant  
Reinholden, Reinholden  
Gemeinde, Reinholden

**Zahngebisse**  
einzelne Zähne, auch zerbrochene,  
Gold- und Silberbruch, Brillanten,  
Uhren, Ketten-Ringe kauft  
**Malitzki & Weiss**  
Warschauer Str. 5, a. d. Frankf. Allee.

**Edelmetall-**  
**schmelze**  
E. Seeger, Patulitzstr. 19  
kauft  
**Gold-, Platin-, Silber-Bruch**  
**Zahngebisse.**  
Besonders hohe Kurse, da enormer Bedarf.

**Max Busse**  
Gegründet 1878.  
Neu eröffnet **Ankaufsstelle** Neu eröffnet  
für  
**Gold-, Silber-, Platin-**  
**Brillanten**  
gegenüber dem altbekannten  
Haupt-Geschäft  
**Brunnenstraße 18**  
an der Invalidenstraße.

**Rugellager** ff. u. gr.  
Friedrich & Co., W 11  
Königsplatz, Str. 20

**Brillanten**  
**Gold-Silber-Bruch**  
kauft höchst-zahlend  
Ankaufsstelle  
Frankfurter  
Allee 298  
an der Invalidenstr.

**Zeitungs-papier**  
gebünd., 1/2 P.  
Hans-  
Lampen, fälschen  
ohne Gefahr  
Hankölln  
178  
Hauptstr., Reinholden  
Gemeinde, Reinholden

**Gold**  
**Silber-Platin**  
Gegenstände, Bruch  
**Zahngebisse**  
kaufen zu unüberbietbaren  
Preisen  
Gebrüder Fuhrmann  
Nollendorferstr. 39.

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
aller Art in großer Auswahl.  
**Aleider- u. Futter-Seiden**  
farbig und farlos.  
Gelegenheitskäufe  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Aleider u. Röcken. 1-3 geschloß.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Kerbmöbel**  
Garten-Bal-  
kone, Wohn-  
mod. u. dau-  
erhafte Aus-  
stattung  
Or. Auswahl  
Besicht erbet.  
Heinr. Kaese  
Fabrikant  
Reinholden, Reinholden  
Gemeinde, Reinholden